

Nur ein halber Entscheid gefallen

Die Turbulenzen kamen aus heiterem Himmel: In der gestrigen Debatte um die Beschaffung des neuen Kampfflugjets Gripen lief vorerst alles nach Plan. Doch dann blockierte der Ständerat die finanziellen Mittel.

VON LEA WERTHEIMER

BERN Die Meinungen schienen gemacht, und alle erwarteten, dass der Kauf neuer Kampfflugzeuge ohne grosse Turbulenzen vom Ständerat abgesegnet würde. Weit gefehlt. Es war wie ein Schlag in die Magengrube der Kampfjetbefürworter. Nur eine knappe Mehrheit sprach sich für die Beschaffung des schwedischen Gripen aus. Aber immerhin habe das Geschäft diese Hürde genommen, freute sich der Obwaldner Ständerat Hans Hess, Präsident der vorberatenden Sicherheitspolitischen Kommission (SIK). Aber er hatte sich zu früh gefreut. Das Resultat ist am Ende nicht mehr viel wert, und dem Gripen droht bereits nach der ersten Beratung das Aus.

Ausgabenbremse als Stolperstein

Ins Trudeln brachte gestern den Gripen die Ausgabenbremse. Sie dient im Grunde der Budgetdisziplin: Die Bundesversammlung muss einmalige Ausgaben über 20 Millionen Franken mit absolutem Mehr der Mitglieder beschliessen. Für den Gripen ist ein Verpflichtungskredit von 3,126 Milliarden nötig, und darüber stolperte Bundesrat Ueli Maurer ganz unverhofft. Der Ständerat verweigerte mit 23 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung das Lösen der Ausgabenbremse – und verpasste damit das absolute Mehr um eine Stimme.

Damit ist der Kauf des Gripen vorläufig blockiert. Zwar hatte es während der vorangehenden Debatte einige Störmanöver aus dem links-grünen Lager gegeben, doch im Grunde hatte kaum



Die Startbahn ist für den Gripen noch nicht frei geräumt.

Bild:Key

jemand daran gezweifelt, dass der Ständerat die Beschaffung absegnen würde. «Wir waren alle total überrascht», gestand denn auch der Solothurner Roberto Zanetti ein. Er gehörte zu den wenigen, die sich schon in der Debatte dezidiert gegen den Kauf gestellt hatten. Es sei offensichtlich, dass auch bei den Bürgerlichen die Verunsicherung tief sitze, so der SP-Ständerat.

Ausreisser verärgern Kollegen

Damit spricht er vor allem die Kaptiolen von FDP-Präsident Philipp Müller an. Dieser hatte sich zuweilen gegen den Kauf des Gripen gestellt. Für Zanetti ist aber klar, dass vor allem das Ergebnis zur Ausgabenbremse ein «Zufallsergebnis» war. Tatsächlich fehlten gestern mit Martin Schmid (Graubünden, FDP) und Jean-René Fournier (Wallis, CVP) zwei Bürgerliche. Für den Schwyzer Ständerat Alex Kuprecht

wären genau diese zwei Stimmern wichtig gewesen. «Mich ärgern aber die Ausreisser, vor allem unser eigener.» Damit meinte er den Glarner SVP-Mann This Jenny, das «enfant terrible» der kleinen Kammer. Dieser sorgte auch gestern mit seinen pointierten Voten für Erheiterung in der sonst eher emotionslosen Debatte.

Ueli Maurer nahm denn auch das Nein von Jenny mit Galgenhumor zur Kenntnis: «Das ist schon fast kein Kollege mehr nach diesem Abstimmungsverhalten.» Kuprecht hingegen sagte zerknirscht: «Die Bürgerlichen haben sich selbst ein Bein gestellt». Er hofft jetzt auf eine bessere Parteidisziplin im Nationalrat. Geht alles nach Plan, soll die grosse Kammer in der Sommersession über den Gripen befinden. Sagt auch der Nationalrat Nein zur Schuldenbremse, dürfte der Gripen in der Schweiz frühzeitig abstürzen.

Der Obwaldner Hans Hess (FDP) zeigte sich selbstkritisch: «Wir haben es nicht geschafft, unsere Parteimitglieder zu überzeugen.» Tatsächlich haben neben Jenny von der SVP je zwei Mitglieder der CVP und der FDP gegen den Gripen gestimmt. «Wir müssen unbedingt über die Bücher und prüfen, was wir falsch gemacht haben», sagte Hess.

GSoA und Maurer einig

Gestern hatten Ueli Maurer und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) für einmal etwas gemeinsam: die Überraschung. Die GSoA zeigte sich verblüfft über die knappe Zustimmung des Ständerats zum Kauf der neuen Kampfflugzeuge. Ebenso erging es dem im Saal anwesenden Verteidigungsminister. Er sei «sehr überrascht», räumte er nach der Debatte ein. «Es ist im Moment ein Nein zum Gripen», sagte Maurer.

Journal

In Graubünden wird Jagd auf Sonderjagden gemacht

LANDQUART Sonderjagden zur Regulierung des Wildbestandes sollen keine mehr durchgeführt werden. Das verlangt die kantonale Volksinitiative «Abschaffung der Sonderjagd». Die Initianten, Jäger und Tierfreunde, monieren, dass es auf den Sonderjagden zu «moralisch, ethisch und jagdlich verwerflichen Szenen» komme, da die meisten gesetzlichen Regeln der ordentlichen Jagd ausser Kraft seien.

Nationalrat macht Druck für mehr Grenzwächter

BERN Der Nationalrat will das Grenzwachtkorps aufstocken. Er stimmte mit 98 zu 89 Stimmen für eine parlamentarische Initiative, die eine Gesetzesgrundlage verlangt, damit das Korps genügend Personal rekrutieren kann. Die grenzüberschreitende Kriminalität in Genf, aber auch in der Waadt, in Freiburg und in Bern nehme zu, sagte Initiant Yves Nidegger (SVP/GE).

Ärzte informieren über ihre Arbeitsbedingungen

ZÜRICH 12 Arbeitstage am Stück und über 60 Arbeitsstunden pro Woche gehören für viele Assistenz- und Oberärzte zum Alltag. Ihr Verband lanciert nun eine Kampagne, um auf die Risiken für Patienten und Verstösse gegen das Arbeitsgesetz aufmerksam zu machen. «Spital. illegal. normal?», so der Slogan der gestern lancierten Kampagne des Verbands Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte.

Weiterbildung voll abziehen

BERN Wer sich aus- und weiterbildet, soll die Kosten dafür in unbegrenzter Höhe von den Steuern abziehen können. Der Nationalrat lehnte gestern eine Obergrenze ab. Die bürgerliche Mehrheit hiess den unbegrenzten Abzug mit 103 zu 83 Stimmen gut. Dieser bringt Steuerausfälle von 15 Mio. Franken auf Bundesebene und von 70 Mio. Franken für Kantone und Gemeinden. Bei einer Obergrenze von 12 000 Franken, wie sie der Ständerat beschlossen hatte, hätten die Steuereinnahmen 10 Mio. Franken (Bund) respektive 50 Mio. Franken (Kantone und Gemeinden) betragen.

Für grosszügigen Anreiz

Angesichts des geringen Unterschiedes bei den Steuereinnahmen sei es angezeigt, den Anreiz grosszügig auszugestalten, sagte Caspar Baader (SVP/BL). Wegen des anhaltenden Mangels an gut qualifizierten Personen sei es wichtig, die Weiterbildung zu fördern, sagte Sylvia Flückiger (SVP/AG).

Die Revision diverser Steuergesetze solle zu einem Systemwechsel bei der Behandlung von Bildungskosten führen. Es soll nicht mehr unterschieden werden, ob jemand eine Aus- oder Weiterbildung absolviert. Wer sich bildet, um seinen beruflichen Stand zu halten (Weiterbildung), kann die Kosten heute unbegrenzt abziehen. Für Ausbildungen, die zu einem besserem Job führen sollen, lassen sich dagegen keine Kosten abziehen. Da dies zu Abgrenzungsschwierigkeiten führt, soll der Steuerabzug für Aus- wie für Weiterbildung möglich sein. (sda)

Herzoperationen im Uni-Spital

ZÜRICH Das Zürcher Universitätsspital (USZ) bezieht am 1. Oktober sein neues Herzzentrum im eigens dafür eingerichteten Spitaltrakt. Herzchirurgie, Kardiologie und andere Fachbereiche arbeiten dort Hand in Hand. Die Zusammenführung mit der Triemli-Herzchirurgie ist im Gange. Seit anderthalb Jahren sei man nun an der Planung des Herzzentrums, sagte der verantwortliche Herzzentrumentwickler Walter Weder gestern. Das neue Herzzentrum sei funktionell auf dem höchsten Stand und weise die modernste Einrichtung auf. Auch die Betriebsabläufe werde man anpassen, und die Fachgruppen müssten näher zusammenrücken.

USZ und Triemli gehen zusammen

Für den Aufbau des Herzzentrums spannen das USZ und das Zürcher Stadtspital Triemli zusammen. Noch dieses Jahr sollen die chirurgischen Abläufe an den zwei Standorten zusammengeführt werden. Dann folgt die Zusammenführung an einem Ort, dem USZ. Verständlicherweise wolle das Triemlispital als Ersatz ein anderes Fachgebiet stärken, sagte Weder.

Das Herzzentrum bringt das USZ im Wettbewerb um die Verteilung der Herztransplantationen in eine gute Ausgangsposition. Weder ist allerdings der Meinung, eine Reduktion von drei auf zwei Transplantationszentren sei nicht nötig. Viel verspricht er sich von der Entwicklung von Kunstherzen. Derzeit erhalten Patienten solch kleine Geräte nicht nur als Übergang bis zur Verfügbarkeit eines Spenderherzes, sondern als definitive Lösung. (sda)

Wehrpflicht soll beibehalten werden

BERN Das Parlament will wie der Bundesrat an der allgemeinen Wehrpflicht festhalten. Der Ständerat empfiehlt wie der Nationalrat ein Nein zur Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht». Das letzte Wort hat nun das Stimmvolk. Einen Gegenvorschlag gibt es nicht.

Der Ständerat beschloss die Ablehnung der Volksinitiative der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) gestern mit 34 zu 7 Stimmen. Nur mit einer allgemeinen Wehrpflicht stünden der Armee weiterhin genügend Ressourcen und ziviles Wissen zur Verfügung, so der Tenor der bürgerlichen Mehrheit.

Stückweise Demontage der Armee

Peter Bieri (CVP/ZG) nannte die Initiative staatspolitisch gefährlich: «Es geht darum, der Armee das Fundament des guten Humankapitals zu entziehen.» Alex Kuprecht (SVP/SZ) sprach von einer stückweisen Demontage der Armee.

Thema war auch der bevorstehende Abstimmungskampf. Gewisse Voten erinnerten an den Kalten Krieg oder seien «Copy-Paste-Varianten» der Voten aus der Armeedebatte der Achtzigerjahre, konstatierte Anita Fetz (SP/BS). Es fehle der Wille, sich mit echten Alternativen zur Wehrpflicht auseinanderzusetzen, stellte This Jenny (SVP/GL) fest und verwies auf eine allgemeine Dienstpflicht – auch für Frauen.

Der Nationalrat hatte die Initiative mit 121 zu 56 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Es scheiterten auch zwei Anträge für einen Gegenvorschlag. (sda)

Nachgefragt



Thomas Hurter
Nationalrat
(SVP)

«Wir dürfen kein Nein riskieren»

Der Ständerat stimmt dem Kauf des Gripen zu, blockiert aber das nötige Geld. Den Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter, der als Vizepräsident der Sicherheitspolitischen Kommission das Geschäft genau kennt, überrascht das Stolpern über die vermeintlich leichtere Hürde Ständerat nur zum Teil.

Der Ständerat sendet ein zwiespältiges Signal zum Gripen aus: Er sagt Ja zum Kauf, löst aber die Ausgabenbremse nicht. Wie werten Sie dieses Ergebnis?
Thomas Hurter: Das ist tatsächlich ein zwiespältiges Resultat. Offenbar ist es in der ständerätlichen Diskussion nicht gelungen, aufzuzeigen, wie man dieses Geschäft finanzieren und die Risiken minimieren kann.

Sie sind also auch überrascht?

Hurter: Nur zum Teil, denn ich war phasenweise bei den Vorberatungen dabei. Dort hat mich die Aussage von Bundespräsident Maurer überrascht, der sagte, er schaue den Gripen-Vertrag nicht an. Nun ist mir klar, dass ein Bundesrat nicht jedes Geschäft im Detail studieren kann. Aber ein Geschäft, das mit solchen Risiken behaftet ist, bei dem es um Milliarden geht, das uns Jahrzehnte beschäftigen wird und das ein Geschäft ist, bei dem es um Sein oder Nichtsein der Armee geht, da lohnt es sich doch, die kritischen Stellen eines Vertrags anzuschauen. Das muss auch ein Bundesrat.

Dann sehen Sie das ständerätliche Ergebnis nicht als Betriebsunfall, sondern als Warnruf an den Bundesrat?

Hurter: Man muss jetzt diese offenen Fragen klären, denn wir müssen uns mit hoher Wahrscheinlichkeit 2014 einer Volksabstimmung stellen. Da werden wir keine Zeit haben, unzählige Details zu erklären, sondern wir werden der Bevölkerung zwei Fragen beantworten müssen: Braucht es den Flieger, und wozu braucht es ihn? Wenn daneben noch Unklarheiten bestehen, werden wir die Abstimmung verlieren. Darum muss man bei offenen Fragen nicht hundertprozentig abgesichert sein, sondern zweihundertprozentig.

Hat der Ständerat das Gripen-Geschäft torpediert?

Hurter: Es zeigt sich, dass die Risiken, welche die Subkommission aufgezeigt hat und die der Bundesrat nun immer mehr auch anerkennt, geklärt werden müssen. Ich war allerdings überrascht, dass das in der ständerätlichen Diskussion nicht gelungen ist, obwohl die Kommission die offenen Fragen als ausgeräumt betrachtete. Und natürlich werden nun durch diese «Ehrenrunde» des Geschäftes gewisse Leute aufgescheucht. In der nationalrätlichen Kommission wird man richtigerweise noch genauer hinschauen.

Genau, nun geht das Geschäft in den Nationalrat, der als die höhere Hürde gilt. Wie hoch sehen Sie nun die Chancen für den neuen Kampffjet?

Hurter: Ich würde es so sagen: Uns muss es gelingen, die offenen Fragen im Parlament zu klären und das Geschäft vernünftig über die Bühne zu bringen. Mir persönlich ist es egal, welcher Flieger es sein wird. Wenn wir das Geschäft nicht erfolgreich durchbringen, werden wir vor dem Volk verlieren – und dieses Risiko dürfen wir nicht eingehen. Denn Schiffbruch vor dem Volk heisst nicht nur Nein zu diesem Kampffjet. Es heisst auch Nein zu dieser Armee.

Interview Sidonia Küpfer